

### **Berichtsvorlage**

zur Behandlung im: **Verwaltungsausschuss**

zur Kenntnis im:

---

**Betreff:** **Bericht über die Arbeit des Kompetenzzentrums Bürgerschaftliches Engagement**

**Bezug:** Vorlage 509/06

**Anlagen:** Bezeichnung:

---

#### **Zusammenfassung:**

Das Kompetenzzentrum Bürgerschaftliches Engagement wurde zum 1. Dezember 2004 als Stabsstelle bei der Oberbürgermeisterin eingerichtet. Damit wurde eine wichtige Forderung aus den Leitlinien für eine nachhaltige Stadtentwicklung umgesetzt. Die Projektarbeit ebenso wie die konzeptionelle Arbeit mit bürgerschaftlichen Gruppen, Vereinen und Institutionen hat gezeigt, wie sinnvoll und hilfreich eine solche Stabsstelle in der Verwaltung zur Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements sein kann. Die jetzige Besetzung als 0,5- Stelle in Personalunion mit der Umweltbeauftragten kann allerdings auf längere Sicht keine erfolgreiche Arbeit gewährleisten

#### **Ziel:**

- Information des Gemeinderats über die Arbeit des Kompetenzzentrums

- **Bericht:**

**1. Anlass / Problemstellung**

Die Fraktion AL/Grüne hatte im März 2006 einen öffentlichen Bericht des Kompetenzzentrums Bürgerschaftliches Engagement über seine Arbeit im Sozialausschuss beantragt. Unter anderem sollte über die folgenden Punkte berichtet werden:

- 1.1 Was wurde durch das Kompetenzzentrum mittlerweile erreicht oder auf den Weg gebracht?
- 1.2 Wie definiert Frau Dr. Hartmann den Aufgabenbereich des Kompetenzzentrums, welche Ziele setzt sie sich kurzfristig, langfristig?
- 1.3 Gibt es Gedanken/Ideen/Vorschläge der Verwaltung zur zukünftigen „Anerkennungskultur“ in Tübingen?
- 1.4 Gibt es schon Ideen/Alternativen zum Freiwilligentag 2006?

**2. Sachstand**

Der Antrag der Fraktion AL/Grüne wurde vor gut einem Jahr gestellt, konnte aber auf Grund der unzureichenden personellen Ressourcen leider erst mit großer Verzögerung beantwortet werden. So hat sich die Frage 1.4 zum Freiwilligentag inzwischen mit der erfolgreichen Durchführung des Freiwilligentags 2006 am 03.12.06 erledigt. Da die personelle Besetzung des Kompetenzzentrums aus aktuellem Anlass im Zusammenhang mit dem Bericht über die Arbeit diskutiert werden sollte, bringt die Verwaltung die Beantwortung des Antrags nicht wie gewünscht in den Sozialausschuss ein, sondern in den Verwaltungsausschuss.

Anlass für die Einrichtung des Kompetenzzentrums Bürgerschaftliches Engagement waren die Leitlinien für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die von 2001 bis 2003 im Zusammenspiel zwischen bürgerschaftlichen Arbeitsgruppen und einem Forum mit Vertretungen der gesellschaftlichen Gruppen erarbeitet wurden. In den darin formulierten übergreifenden Prinzipien steht an erster Stelle das bürgerschaftliche Engagement:

„Bürgerschaftliches Engagement – in Mitverantwortung für das Gemeinwohl – ist ein unerlässlicher Baustein einer nachhaltigen Entwicklung. Damit sich möglichst viele engagieren und selbstorganisierte Hilfe anbieten können, unterstützt sie die Stadt in ihren Aktivitäten.“ Wie diese Unterstützung durch die Stadt aussehen sollte, haben die über 200 Teilnehmenden im Leitlinienprozess im Grundsatz zur bürgerschaftlichen Mitwirkung präzisiert: „Stadtentwicklung wird in Tübingen als ein für alle offener, gesprächsorientierter Prozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen, Stadtverwaltung und Gemeinderat gestaltet; Anstöße dazu können von jeder Seite eingebracht werden. Damit Beteiligung stattfinden kann, wird über das Vorhaben so frühzeitig und umfassend informiert, dass beabsichtigte Verfahrensweisen, Grundlagen, Ziele und Wirkungen für alle transparent werden.(...) Die Mitwirkung von Bevölkerungsgruppen, die bei Beteiligungsprozessen oft unterrepräsentiert sind wird gezielt gefördert. Zur Umsetzung der bürgerschaftlichen Mitwirkung werden geeignete Verfahrens- und Beteiligungsformen angewendet und - wenn nötig - neue erprobt und entwickelt. Die Stadtverwaltung stärkt hierfür die Kompetenzen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Anlaufstelle ist für die Durchführung der Beteiligungsprozesse verantwortlich, die Aktivitäten werden in einem regelmäßigen Bericht zur bürgerschaftlichen Mitwirkung dokumentiert.“

## 2.1 Aufgaben, Ziele und personelle Besetzung

Dieser Grundsatz ist ein wesentlicher Teil des Arbeitsprogramms für das neue Kompetenzzentrum Bürgerschaftliches Engagement, das in Zuge der Verwaltungsreform als neue Querschnittsaufgabe zum 01. Dezember 2004 eingerichtet wurde.

Aufgabe des Kompetenzzentrums ist die Förderung von Partizipationsprozessen bei der Stadtentwicklung und die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Hierzu gehört die Steuerung und Unterstützung von Beteiligungsverfahren zwischen Institutionen, Fachämtern, Gemeinderat und engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die Entwicklung von Maßnahmenplänen und Projektvorschlägen zum Aufbau und zur Einführung einer Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement, die Ausarbeitung von Gemeinderatsvorlagen zu Berichten oder Beschlüssen für die Bereiche lokale Agenda 21 und bürgerschaftliches Engagement; außerdem die Koordination der Stadtteilforen und die Vertretung in überregionalen Netzwerken.

Das Kompetenzzentrum wurde durch Umorganisation innerhalb der Verwaltung ohne zusätzliche neue Stellen im Stellenplan eingerichtet. Die vorgesehenen Aufgaben wurden der Umweltbeauftragten auf Grund ihrer Erfahrungen bei der Organisation und Betreuung der lokalen Agenda 21 und der bürgerschaftlichen Mitwirkung beim EU-Projekt „ECOCITY“ übertragen. Hierfür wurde die ganze Stelle in zwei 0,5-Stellen aufgeteilt, als Ersatz für die halbe Umweltbeauftragtenstelle wurde eine 0,5-Sachbearbeitungsstelle eingerichtet und mit einer Biologin besetzt. Der ebenfalls von der Verwaltung beantragten 0,5-Sachbearbeitungsstelle beim Kompetenzzentrum Bürgerschaftliches Engagement hat der Gemeinderat im Stellenplan nicht zugestimmt, so dass das Kompetenzzentrum seit seiner Einrichtung nur mit einer 0,5-Stelle und wechselnden Praktikantinnen arbeiten kann. Dazu kommt noch eine 0,4-Stelle im Sekretariat, die die 0,4-Sekretariatsstelle bei der Umweltbeauftragten ergänzt.

## 2.2 Erreichtes und auf den Weg Gebrachtes

### - Ausbildung und Netzwerke

Für den erfolgreichen Start des Kompetenzzentrum war das Kennenlernen der Tübinger Ehrenamts- und Engagementstrukturen ebenso wichtig wie der Kontakt zu den im Landesnetzwerk BE organisierten anderen kommunalen Fachstellen. Beim Regionaltag des Landesnetzwerks im März 2005 zum Thema: „Chancen und Möglichkeiten des Landesnetzwerks – Vernetzung der Initiativen“ wurden erste Kontakte geknüpft, ein zweitägiges Fachkräfteseminar in Bad Herrenalb im Juni 2005 half bei der Orientierung im Landesnetzwerk und gab wichtige Fachinformationen zur Arbeit der kommunalen Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement. Gemeinsam mit Prof. Dr. Müller-Schauenburg als Ehrenamtlichem wurde im Tandem von März bis Juni 2006 eine Ausbildung zur Mentorentainerin beim Paritätischen Bildungswerk in Stuttgart absolviert. Bestandteil des Kurses war die Konzeption, Organisation und Durchführung eines Ausbildungsangebots für Bürgermentorinnen und -mentoren. 14 Bürgerinnen und Bürger haben diese Fortbildung genutzt, sich einen Überblick über die vielfältige und weitläufige Engagementlandschaft in Tübingen verschafft und sich mit dem Handwerkszeug für ein erfolgreiches Engagement vertraut gemacht.

Im Stadt seniorenrat vertritt das Kompetenzzentrum BE die Stadtverwaltung im Vorstand.

### - Zusammenarbeit mit BüroAktiv und Sozialforum

Seit Dezember 2004 waren die ehrenamtlichen Vorstände und die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen der Vereine Sozialforum und BüroAktiv mit dem Kompetenz-Center BE im Gespräch mit dem Ziel, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Tübingen nach außen und innen klarer und damit auch effizienter zu gestalten. Befördert wurden diese Gespräche durch den Wunsch des Sozialministeriums, für die Verteilung der Gelder aus dem Landesförderpotenzial „Bürgerschaftliches Engagement“ in Tübingen nur noch eine Institution zu fördern und nicht zwei als parallel empfundene Strukturen. Da die Beantragung und Verteilung der

Fördermittel über das Kompetenzzentrum laufen sollte, lag es nahe, diese Gespräche zu organisieren und unterstützend zu moderieren. In einem ersten Schritt Anfang 2005 wurden in einer Synopse Ziele, Aufgaben, Organisationsstruktur, Finanzen, Räume und Infrastruktur der Beteiligten erhoben. In diese Synopse und die weiteren Arbeiten wurden auf Grund der organisatorischen und personellen Verflechtung auch das Koordinationstreffen der Tübinger Behindertengruppen sowie der Club für Behinderte und ihre Freunde einbezogen. Im zweiten Schritt wurden die Stärken und Schwächen der Ist-Situation den Chancen und Risiken einer zukünftigen engeren Kooperation und Zusammenarbeit gegenüber gestellt. Diese beiden Papiere waren Grundlage für den dritten Schritt, einen gemeinsamen Workshop im September 2005, der unter dem Titel „Gemeinsam engagiert für Tübingen“ vom Sozialministerium als kommunaler Entwicklungsbaustein gefördert wurde. Auf dieser Basis war es möglich, im vierten, sehr wichtigen Schritt von den Mitgliederversammlungen beider Vereine im Dezember 2005 die Zustimmung zu erhalten, auf dem Weg der Veränderung beider Vereine weiter zu gehen und an einer gemeinsamen Struktur zu arbeiten. Die Rolle des Kompetenzzentrums in diesem Prozess war die einer neutralen Begleitung, des fachlichen Inputs und der Moderation der Gespräche. Der vom Kompetenzzentrum angestoßene Umzug des Sozialforums in die Fruchtschranne hat den Aufbau der Kooperation mit dem BüroAktiv sehr befördert. Die räumliche Nähe erleichtert die Ansprechbarkeit für interessierte Bürgerinnen und Bürger. Beide Vereine haben jetzt einen zweijährigen Kooperationsvertrag abgeschlossen, um die Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinsamen Struktur auszuloten.

#### - bürgerschaftliche Mitwirkung und Beteiligung

Im Vorgriff auf die offizielle Einrichtung des Kompetenzzentrums hat die Umweltbeauftragte bereits in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt im Herbst 2004 die beiden Workshops zur Umsetzung des Altstadtkonzepts konzipiert und begleitet. Sie waren praktisch ein erster Testlauf für den neuen Aufgabenbereich. Der Erfolg beim Entwirren der in der Altstadt verknöteten Interessenlagen war eine Bestätigung für den Grundsatz der bürgerschaftlichen Mitwirkung, geeignete Formen der Beteiligung zu entwickeln und anzubieten. Als nächstes Aufgabenfeld bot sich die Entwicklung des Wurster & Dietz Areals an, mit der ein großer Bereich Derendingens neu gestaltet wird. Bereits beim ECOCITY-Projekt war die Beteiligung der Bürgerschaft in Derendingen ein ganz wesentlicher Bestandteil. Diese Beteiligung wurde bei der weiteren Entwicklung des Wurster & Dietz Areals fortgeführt, um zum Einen das Vertrauen auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Planungsverantwortlichen zu erhalten und zu stärken, zum Anderen um die vorhandenen Ressourcen (Vor-Ort-Wissen und Erfahrung, fachliches Know-how, aber auch die Emotionen von Betroffenen) zur Sicherung der Qualität der Planung zu nutzen. Die Bereitschaft, diese Kompetenzen einzubringen war in Derendingen in großem Maße vorhanden, so dass ein „Runder Tisch Wurster & Dietz-Entwicklung“ mit den Mitgliedern des Ortsbeirates und Vertretungen der Arge Derendinger Vereine, des Stadtteilforums Derendingen bzw. des Bürgervereins Derendingen sowie Vertretungen aus Kindergarten, Schule, Kirche und Wirtschaft eingerichtet wurde. Das Kompetenzzentrum war für die Organisation der Sitzungen (Tagesordnung, Einladungen, Protokolle und Moderation) verantwortlich. Von Februar 2005 bis Mai 2007 hat der Runde Tisch Derendingen insgesamt 15-mal getagt, die Mitglieder wurden über alle Entscheidungen zur Entwicklung des Wurster & Dietz Areals informiert und sie konnten Anregungen und Informationen an die Gremien des Gemeinderats, die Stadtverwaltung, die WIT und natürlich auch an die Derendinger Bürgerinnen und Bürger weitergeben. Zwei Vertretungen des runden Tisches waren als beratende Mitglieder in der Jury des städtebaulichen Wettbewerb, eine Person war Mitglied in der Optionskommission. Themen des Runden Tisches waren unter anderem die Begleitung des Bebauungsplanes und der Namenswettbewerb für das Mühlenviertel. Vieles wurde am Runden Tisch intensiv und auch kontrovers diskutiert – z.B. die zulässigen Dachformen im Mühlenviertel – aber am Ende konnte praktisch

immer einer von allen getragene Empfehlung weitergegeben werden. Der Erfolg einer frühzeitigen Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerschaft bei Stadtentwicklungsprojekten zeigt sich heute deutlich in der großen Akzeptanz des Mühlenviertels sowohl im Gemeinderat als auch bei den Derendinger Bürgerinnen und Bürgern.

#### - Stadtteilforen und Stadtteilarbeit

Der Stadtteil ist unmittelbarer Bezugspunkt für die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und deshalb besonders gut geeignet, Interesse am Wohnumfeld und damit auch Engagement für den Stadtteil zu entwickeln. Um ein solches Engagement dauerhaft zu ermöglichen, braucht es fördernde Rahmenbedingungen und Strukturen. Ein Vorschlag der Sozialverwaltung für solche fördernden Strukturen war die Gründung von Stadtteilforen. Die Diskussion dieser Idee auf einer Tagung in Bad Boll führte 1995 spontan zur Gründung des Stadtteilforums Lustnau.

Derzeit gibt es sechs Stadtteilforen in Tübingen (Nord, West, Lustnau, Derendingen, Französisches Viertel und Loretina). Die von ihnen umfassten Stadtteilräume entsprechen nicht den planerisch ausgewiesenen Stadtvierteln, sondern stellen Identifikationsräume dar, in denen den Bürgerinnen und Bürgern diese Arbeit möglich und sinnvoll scheint. In der Größe variieren sie zwischen Gebieten mit ca. 2.500 bis zu ca. 6.000 Einwohnern. Ziele der Stadtteilforen sind vor allem das Anstoßen von selbstorganisierten, bürgerschaftlichen Diskussions- und Handlungsprozessen im Stadtteil sowie die Verbesserung der Kooperation zwischen Bürger/-innen und Verwaltung durch Kooperation, frühzeitige Information und Aufgabenteilung. Unterstützt wird die Arbeit der Stadtteilforen einerseits durch eine Koordinatorin beim BüroAktiv, andererseits durch eine Anlaufperson in der Verwaltung, die als Stadtteillotse den jeweiligen Ortsbeirat einlädt und leitet und den Stadtteilforen als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Das Kompetenzzentrum BE organisiert den halbjährlichen Austausch der Foren untereinander sowie die Weitergabe der Protokolle an die Fraktionsvorsitzenden und die Bürgermeister. Ob und wie sich die Initiativen in der Südstadt mit ihrem etwas anderen Selbstverständnis am Austausch der Stadtteilforen beteiligen, wird zur Zeit im Gespräch mit dem Kompetenzzentrum ausgelotet. Das Kompetenzzentrum BE ist auch Ansprechpartnerin für Fragen des Versicherungsschutzes bei von den Foren und Initiativen organisierten bürgerschaftlichen Veranstaltungen. Auf den halbjährlichen Treffen der Foren wurde deutlich, dass der Ortsbeirat Mitte/West eigentlich nur die Weststadt vertritt und dass es für die besonderen Belange des Stadtzentrums kein zuständiges bürgerschaftliches Gremium gibt. Auf Initiative des Kompetenzzentrums BE hat die Verwaltung dem Gemeinderat mit der Vorlage 196/2007 den Vorschlag für einen Ortsbeirat Mitte und einen Ortsbeirat West vorlegt. Die Vorlage wurde am 11. Juni 2007 vom Gemeinderat beschlossen. Für die Zukunft steht auch die Überlegung an, ob nicht ein eigenes Forum „Stadtzentrum“ sinnvoll wäre, um sich besser mit den speziellen Themen des Zentrums auseinander setzen zu können.

Angedacht ist ebenfalls die Durchführung von Stadtteilwerkstätten im zwei- bis dreijährigen Rhythmus, um mehr Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung ihres Stadtteils zu interessieren. Die vom Nordstadtforum initiierte Planungswerkstatt im November 2003 hat beispielhaft gezeigt, wie mit einer solchen Kommunikationsmöglichkeit umsetzbare Projekte für die Entwicklung des Stadtteils auf den Weg gebracht werden können.

#### - Freiwilligentag und Anerkennungskultur

Gemeinsam mit dem Stadtseniorenrat, der Hirsch-Begegnungstätte für Ältere, dem BüroAktiv und dem Sozialforum wurde in einer Arbeitsgruppe mit dem Kompetenzzentrum eine Neukonzeption für den Freiwilligentag entwickelt. Die große positive Resonanz auf den Freiwilligentag 2005 in der Aula der Albert-Schweitzer-Realschule unter dem Motto „Füreinander da sein - Voneinander lernen - Miteinander feiern“ gab den Anstoß zur Gründung einer Arbeitsgruppe mit Interessierten aus Vereinen und Initiativen, die sich mit der Förderung

und Entwicklung der Anerkennungskultur in Tübingen auseinandersetzt. Leider reichten die zeitlichen und personellen Kapazitäten neben einer umfassenden Bestandsaufnahme erst einmal nur für die gemeinsame Organisation des Freiwilligentags 2006, diesmal unter dem Motto „Engagement ist keine Frage des Alters“. Die Kombination von Brunch, Würdigung des Ehrenamts durch den Bürgermeister und kulturellem Rahmenprogramm kommt bei den eingeladenen Aktiven aus allen Bereichen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements sehr gut an und sollte in dieser Form fortgeführt werden.

Eine weitere Form der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements ist die Einführung von Spielplatzpatenschaften, die vom Kompetenzzentrum BE in einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe entwickelt wurden und die der Gemeinderat mit der Vorlage 314/06 im November 2006 beschlossen hat. Ein Faltblatt zu den Spielplatzpatenschaften wurde an allen Kindertageseinrichtungen und öffentlichen Informationsstellen verteilt. Die ersten Patenschaftsverträge konnten bereits abgeschlossen werden.

Zur Unterstützung und auch zur Motivation der ehrenamtlichen Arbeit bietet das Kompetenzzentrum im Herbst 2007 zum ersten Mal gemeinsam mit der Volkshochschule, dem BüroAktiv und dem Schwäbischen Tagblatt in einer „Ehrenamtsakademie“ Weiterbildungsangebote rund um das Engagement an.

### 2.3 Zu lösende Probleme

Nicht nur der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kommunen im Netzwerk BE, auch die Rückmeldungen aus den Vereinen und Initiativen zeigen, dass Stadtverwaltung und Gemeinderat mit der Einrichtung des Kompetenzzentrums Bürgerschaftliches Engagement dem Bedürfnis engagierter Bürgerinnen und Bürger auf Anerkennung und Unterstützung entgegengekommen sind. Auch innerhalb der Verwaltung wird das Kompetenzzentrum bei Fragen der bürgerschaftlichen Mitwirkung und der Stadtteilentwicklung von den Fachämtern hinzugezogen und unterstützt diese fachlich und organisatorisch.

Die personelle Ausstattung des Kompetenzzentrums ist allerdings vollkommen ungenügend, um als Ansprechpartner in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stehen und auch noch Zeit und Freiraum für die notwendige konzeptionelle Arbeit zu haben. Die Kombination von einer 0,5 Stelle für Bürgerengagement und einer 0,5-Stelle für Umweltschutz führt zu häufig zu Terminkollisionen und lässt zu wenig Zeit für die notwendige Vor- und Nachbereitung. Auch decken sich die zu bearbeitenden Themenfelder sehr wenig – Aufgabengebiete wie in diesem Jahr die Betreuung und Unterstützung der Millenniumswoche, in der Nachhaltigkeit, bürgerschaftliches Engagement und die Förderung von Jugendlichen als Bürgermentorin im Rahmen eines jes-Projekts zusammenfallen, sind seltene Ausnahmen im sehr breit gefächerten Arbeitsumfang.

Ohne die Unterstützung der Arbeit durch Praktikantinnen bzw. Praktikanten aus dem Studium der Sozialwissenschaften, Jura, Politik oder Verwaltungswissenschaften hätte vieles gar nicht durchgeführt werden können. Da die Praktikumszeit in der Regel 6 Wochen bis maximal 3 Monate umfasst, muss jeweils relativ viel Zeit auf die Einarbeitung verwendet werden. Die Praktikantinnen und Praktikanten bringen zwar immer auch neue Ideen und Anregungen in die Arbeit, für ein kontinuierliches und konzeptionelles Arbeiten sollte aber eine ganztägig erreichbare Ansprechperson zur Verfügung stehen.

## 3. weiteres Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung wird dem Gemeinderat nach der Sommerpause einen Vorschlag zum Umgang mit den angesprochenen Problemen vorlegen.